

## Wahlumfrage des Stadtzürcher Mieterinnen- und Mieterverbandes

Von den 17 angeschriebenen Kandidatinnen und Kandidaten für den Zürcher Stadtrat blieb nur Karl Zweifel (SVP) eine Antwort schuldig.

### Wie wohnen die Kandidatinnen und Kandidaten?

Je die Hälfte der Kandidierenden wohnt zur Miete (fünf in einer Miet-, drei in einer Genossenschaftswohnung) und in einer Eigentumswohnung (fünf) oder im Einfamilienhaus (drei). Aufschlussreich: alle sechs amtierenden Stadtratsmitglieder leben in der eigenen Wohnung oder dem eigenen Haus.

Acht Fragen waren mit „Ja“, „eher Ja“, „eher Nein“ oder „Nein“ zu beantworten. Praktisch alle Kandidierenden nutzten auch die angebotene Gelegenheit, ergänzende oder differenzierende Bemerkungen anzubringen. Hier das Ergebnis nach Themen, geordnet nach dem Grad der Zustimmung:

Frage	Ja	Eher Ja	Eher Nein	Nein
Mehr kantonale Mittel für Wohnbauförderung	11	2	2	1
Verstärkung Kündigungsschutz (u.a. Einschränkung bei Renovation)	9	1	3	3
Jährliche Abschreibungsbeiträge an städtische Stiftung PWG	8	3	2	3
Erhöhung Anteil gemeinnütziger Wohnungsbau von 25% auf 33%	7	4	3	2
Mindestanteil preisgünstiger Wohnungen bei Grossprojekten in BZO	6	3	4	3
Energetische Förderbeiträge nur bei Verzicht auf Kündigung	6	3	3	4
MV-Initiative "Bezahlbare Wohnungen und Gewerberäume"	6		5	5
Nichtanrechnung Zweitwohnungen und Hotel auf Mindestwohnanteil	4	4	3	5

### Mehr Fördergelder sind immer populär

Die Prioritäten sind eindeutig: Mehr kantonale Mittel für den sozialen Wohnungsbau will fast keine(r) verschmähen, nur drei - Egger (FDP), Wobmann (SD) und Tuena (SVP) sagen eher Nein resp. Nein. Populär sind auch Abschreibungsbeiträge an die städtische Stiftung für preisgünstige Wohn- und Gewerberäume (PWG), hier sagen nur die drei FDP-Kandidaten Türlar, Vollenwyder und Egger, Tuena (SVP) und die Grünliberale Wahlen eher Nein resp. Nein. Fazit: mehr Geld als Lösungsansatz ist immer willkommen, umso mehr, wenn es nicht aus der eigenen Kasse, sondern aus der des Kantons kommt ...

### Breiter Zuspruch für mehr Kündigungsschutz und mehr gemeinnützige Wohnungen

Breiten Zuspruch geniesst auch die Forderung, Kündigungen zur Erzielung einer höheren Miete missbräuchlich zu erklären und bei Renovationen zu erschweren: hier sagen die drei Freisinnigen, Wahlen (GLP), Lauber (CVP) und Tuena (SVP) eher Nein/Nein. Mehrheitlich unterstützt wird auch die Forderung nach Erhöhung des gesamtstädtischen Anteils der gemeinnützigen Wohnungen von heute 25% auf 33%: hier kommen 5 Nein/eher Nein von den Kandidaten der FDP, CVP und SVP. Etwas weniger, aber immer noch mehrheitlich Zustimmung findet die Verpflichtung Privater, bei

grösseren Bauprojekten einen Mindestanteil an gemeinnützigen Wohnungen zu erstellen: neben den FDP-, CVP- und SVP-Kandidaten sagen auch die Grünliberale Wahlen und Susi Gut (PFZ) Nein. Ein ähnliches Bild bei der Forderung, energetische Fördergelder nur auszurichten, wenn die Eigentümer auf Kündigungen verzichten und die Zuschüsse zur Reduktion der Mieterhöhung einsetzen: zu diesem MV-Postulat sagt auch SP-Stadtrat Waser eher Nein.

### Starke Polarisierung bei Initiative „Für bezahlbare Wohnungen und Gewerberäume“

Fifty-fifty ist das Ergebnis bei der Forderung, künftig Zweitwohnungen und Hotels nicht auf den vorgeschriebenen Wohnanteil anzurechnen: hier bekommen die bürgerlichen und grünliberalen Neinsager Support von Mauch (SP), Waser (SP) und Genner (Grüne). Eindeutig polarisiert ist das Ergebnis bei der vom MV und den Baugenossenschaften mitlancierten Initiative „Für bezahlbare Wohnungen und Gewerberäume“, über die wir am 13. Juni abstimmen: Ja sagen bloss Angst (AL), Leupi (Grüne), Mauch, Nielsen und Odermatt (SP) sowie Wobmann (SD).

### Nach Kandidatinnen und Kandidaten sieht das Ergebnis wie folgt aus

	Ja	Eher Ja	Eher Nein	Nein
Walter Angst (AL, neu)	8			
André Odermatt (SP, neu)	8			
Richard Rabelbauer (EVP, neu)	7		1	
Daniel Leupi (Grüne, neu)	6	2		
Claudia Nielsen (SP, neu)	6	2		
Corine Mauch (SP, bisher)	6	1	1	
Walter Wobmann (SD, neu)	5	2	1	
Susi Gut (PFZ, neu)	3	2		3
Ruth Genner (Grüne, bisher)	2	4	2	
Martin Waser (SP, bisher)	2	3	3	
Gerold Lauber (CVP, bisher)	1	2	4	1
Denise Wahlen (GLP, neu)	1	2	2	3
Martin Vollenwyder (FDP, bisher)	1		5	2
Andres Türler (FDP, bisher)	1		5	2
Urs Egger (FDP, neu)	1			7
Mauro Tuena (SVP, neu)	0			8

Alle acht Fragen im Sinn des MV beantwortet wenig überraschend MV-Kommunikationsleiter Walter Angst. Ebenfalls acht Ja kommen von André Odermatt. Sieben mal Ja sagt EVP-Kandidat Rabel-

bauer, der allerdings die Initiative für bezahlbare Wohnungen eher ablehnt. Mauch, Nielsen und Leupi liegen mit sechs Ja nahe beieinander. Deutlich weniger MV-nah präsentieren sich dagegen Stadträtin Ruth Genner (Grüne) und Stadtrat Martin Waser (SP): beide bringen es nur auf zwei vorbehaltlose Ja, und beide sagen eher Nein zur Nichtanrechnung von Zweitwohnungen auf den Wohnanteil und – überraschend - zu der von Grünen und SP mitlancierten Initiative „Für bezahlbare Wohnungen und Gewerberäume“.

Klar im vermietetfreundlichen Lager präsentieren sich die Kandidaten von SVP, FDP und CVP und die Kandidatin der Grünliberalen, am deutlichsten Mauro Tuena mit acht, Urs Egger mit sieben und Denise Wahlen mit drei Nein.

Die Antworten der Stadtratskandidat/-innen mit den persönlichen Anmerkungen finden Sie auf [www.mieterverband.ch/zuerich](http://www.mieterverband.ch/zuerich)